



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

<p>Eidgenössische Politik SVP-Initiative stoppt Zuwanderungs-Chaos von Reinhard Wegelin Seite 2</p>	<p>Kanton Zürich Am Ende zahlen immer die Steuerzahler von Marc Bochsler Seite 3</p>	<p>Aktuell Aufgepasst vor den Parteilosen von Karl Spühler Seite 4</p>	<p>Parlamentsgemeinden Wenn Ideologie richtige Lösungen verhindert von Orlando Wyss Seite 6</p>	<p>Veranstaltungs-Tipp EU-Vertrag: Info-Anlass am 26.03. in Uster Seite 7</p>
--	---	---	--	--

WEITER SO AM 12. APRIL

Die SVP gewinnt die Wahlen!

Die SVP gewinnt die Wahlen, insbesondere in den Parlamentsgemeinden. Dieser Schwung muss nun für den 12. April und allfällige zweite Wahlgänge mitgenommen werden.

Mit dem Titel «Die SVP gewinnt die Wahlen!» durften wir am Montag, 9. März, vor die Medien treten. Vor allem in den Parlamentsgemeinden hat die SVP sehr gute Resultate erzielt. So konnte in den meisten Agglomerationsgemeinden mit einem Parlament der Wähleranteil zwischen vier und sechs Prozentpunkten gesteigert werden. Total haben wir 12 Parlamentssitze hinzugewonnen. Auch in den schwierigen Gebieten der Städte Zürich und Winterthur haben wir zugelegt.

Herzlichen Dank!

Den Kandidatinnen und Kandidaten, die gewählt wurden, gratuliere ich an dieser Stelle herzlich. Mein Dank für die geleistete Arbeit geht aber explizit nicht nur an die Kandidierenden. Meist wird

«Ohne Grundlagen- und Basisarbeit wäre ein solcher Erfolg nicht möglich gewesen.»

die grosse Arbeit im Hintergrund verrichtet, sei es durch die Sektionspräsidenten, die Wahlkommissionspräsidenten, die Vorstandsmitglieder und die unzähligen Helferinnen und Helfer, die Samstag für Samstag an den Standak-



Patrick Walder
Kantonsrat und Präsident der Wahlkommission Dübendorf

tionen für die SVP werben, Briefe verpacken, Give-aways beschriften und alles Weitere erledigen, das in einem Wahlkampf an Arbeit anfällt. Ohne diese Grundlagen- und Basisarbeit wäre ein Erfolg, wie wir ihn am 8. März erleben durften, nicht möglich gewesen.

Gerade dieses Engagement zeigt, was unsere Partei auszeichnet: Viele Menschen setzen sich freiwillig und mit grossem Engagement für unsere gemeinsamen Werte ein. Dieses Fundament macht die SVP stark und verankert sie fest in der Bevölkerung. Herzlichen Dank und weiter so!

Die richtigen Lösungen

Was der Erfolg in den Parlamentsgemeinden vor allem zeigt, ist, dass die SVP des Kantons Zürich auf dem richtigen Weg ist. Wir sprechen als Kantonalpartei die grössten Sorgen der Bevölkerung an und bieten die besten und glaubwürdigsten Rezepte dagegen an. Dies gilt genauso für die SVP Schweiz. Dank der klaren Politik, welche wir in den letzten Jahren konsequent verfolgt haben, ist den Wählerinnen und Wählern bewusst, was sie an der SVP haben – und genau deshalb wählen sie uns auch.

Wie es unser Parteipräsident und Kantonsrat Domenik Ledergerber treffend formuliert: «Die SVP macht Politik für die Bevölkerung – klar, bürgerlich und ohne Umwege. Politik für eusi Lüüt.»

Schwung mitnehmen

Mit dem 8. März sind die Wahlen noch nicht vorbei. Diverse Parlamentsgemein-

den – Kloten, Wädenswil, Uster, Dübendorf und Wetzikon – haben ihren Wahltermin erst am 12. April. Am Schwung der letzten Wahlen sollen diese Ge-

«Am 12. April gilt es, an die Erfolge vom 8. März anzuknüpfen.»

meinden nun anknüpfen und weitere Erfolge einfahren. In diversen Versammlungsgemeinden kommt es ebenfalls noch zu ersten oder auch zweiten Wahlgängen. Dort gilt es, die Kandidaten genauso zu unterstützen wie bereits im ersten Wahlgang. Jede Stimme und jedes Engagement für eine sichere Zukunft in Freiheit zählt.

Kadertagung

Der grosse Wermutstropfen der vergangenen Wahl ist, dass wir in den Versammlungsgemeinden viele Sitze verloren haben, weil wir für abtretende

«Jede Stimme und jedes Engagement für eine sichere Zukunft in Freiheit zählt.»

Mandatsträger keine neuen Kandidatinnen oder Kandidaten aufstellen konnten. Dies darf nicht sein – darüber müssen wir sprechen und gemeinsam Lösungen finden.

Dies werden wir an der Kadertagung vom 9. Mai tun. Aus diesem Grund fordere ich alle Sektionspräsidenten und

Weniger Zuwanderung.

Weniger Wohnungsnot.

Für eusi Lüüt

wählen!

svp-zuerich.ch

Die SVP spricht die Sorgen der Bevölkerung an und bietet die richtigen Lösungen. Bild: SVP Kanton Zürich

Wahlkampfleiter auf, an dieser Kadertagung teilzunehmen. Im Zentrum der Tagung wird eine vertiefte Analyse der Wahlen vom 8. März sowie der noch anstehenden Wahlgänge vom 12. April stehen. Wir wollen gemeinsam auswerten, wo unsere Kampagnen besonders erfolgreich waren und welche Faktoren zu den guten Resultaten in den Parlamentsgemeinden geführt haben. Ebenso müssen wir ehrlich analysieren, wo wir Potenzial liegen gelassen haben –

insbesondere dort, wo wir gar keine Kandidaturen stellen konnten.

Die gewonnenen Erkenntnisse sollen direkt in die Vorbereitung der kommenden Kantonsratswahlen im nächsten Frühling einfließen. Ziel muss es sein, erfolgreiche Strategien weiterzuführen, unsere Präsenz vor Ort zu stärken und frühzeitig geeignete Kandidatinnen und Kandidaten aufzubauen. Gemeinsam und geeint finden wir auch für diese Herausforderung eine Lösung.

BEWAHREN, WAS WIR LIEBEN

Fahnen und Kleber jetzt verfügbar

Ab sofort können **Textilfahnen** sowie **Kleber** bei unserem **Kantonalsekretariat** kostenlos bestellt werden.

Auftrag an die Sektionen:
Für die Sektionen gilt der Auftrag, **mindestens fünf Fahnen** baldmöglichst aufzuhängen und Fotos mit Angabe von Gemeinde und Strasse dem **Sekretariat** mitzuteilen.

Wettbewerb für die Sektionen

Die Sektion mit den meisten Fahnen in der Gemeinde gewinnt für vier Personen:

- Nachessen und Übernachtung im **Haus der Freiheit** bei **Toni Brunner & Esther Friedli**

Bewahren, was wir lieben.

nachhaltigkeits-initiative.ch

Keine 10 Millionen Schweiz!

nachhaltigkeitsinitiative.ch



Christoph Mörgeli

Wutbürger als Widerstandskämpfer

Geht es um Schweizer Sicherheitspolitik, lärmt keiner so gut wie Georg Häsler in der «NZZ». Er vergleicht die heutige Selbstzufriedenheit mit jener der Gnädigen Herren zu Bern 1798 vor dem Einfall der Franzosen. Nur war Bern vor dem Untergang kein demokratischer Kanton, sondern ein aristokratischer Stadtstaat, in dem die hohen Ämter ausschliesslich aufgrund der Geburt vergeben wurden. Es gab damals nicht 730 000 Stimmberechtigte, sondern eine winzige Gruppe von Patriziern, die ein riesiges Gebiet vom Aargau bis in die Waadt beherrschten.

Georg Häsler wütet gegen die Neutralität, die Waffenausfuhrverbote und die SVP. Diese zeichnete die «Karikatur eines super-souveränen Landes», das es nie gegeben habe. Das Kriegsmaterialgesetz sei ein «Herrliberg-Gesetz». Und überhaupt: «Bis heute richten sich die Bundesratsparteien nach Blocher aus.» Ach ja? Den EU-Unterwerfungsvertrag haben SP, FDP und Die Mitte schön vereint gegen Blocher besiegelt, genau wie die Beschädigung der Neutralität und den Kampf gegen die 10-Millionen-Initiative.

Ausserhalb der Häslerschen Fantasiewelt gilt nicht «Kuschen vor Blocher», sondern «alle gegen Blocher». Die «NZZ» erzählt genau wie die «WOZ» das Uralt-Märchen, wonach sich die ganze Schweiz in Blochers Geiselhaft befinde. Laut Georg Häslers Diagnose herrscht eine «gravierende Sicherheitslücke in den Alpen». Nach dieser Lücken-Theorie gäbe es jenseits der Alpen keine Sicherheitslücke. Sind die Lüneburger Heide, die Halbinsel Sizilien oder die rumänischen Karpaten besser verteidigt? Quatsch, man ist dort keinen Deut kriegsbereiter als im Alpenraum.

Häsler berechnet, dass der Russe «ab 2028» die NATO-Ostflanke angreift. Nur glauben die dummen Schweizer das nicht. Sein Kriegsgekreisch kostet uns womöglich viele Milliarden, die Schuldenbremse und den Schutzschild der Neutralität. Sollte Russland nicht spätestens 2030 unsere Grenze bedrohen, müsste die «NZZ» ihren Schreibtischobersten Georg Häsler eigentlich zur Disposition stellen. Es ist erstaunlich, wie viel Geist er aufbringt, um seinen Bockmist zu beweisen.

SESSIONSRÜCKBLICK 3. WOCH

Notfallpauschale, Foie gras und Neutralität

Heute geht die Frühjahrsession zu Ende, es folgen die Schlussabstimmungen. Die Session war geprägt von Diskussionen über die Neutralität, die Themen Mieten und Wohnen sowie die Notfallpauschale im Spital.



Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küsnacht

Am Mittwochmorgen tagte die Vereinigte Bundesversammlung, also der Zusammenschluss von Nationalrat und Ständerat, da zwei Richter auf Bundesebene gewählt wurden. Die SVP konnte mit Arthur Brunner einen jungen, aber sehr qualifizierten Bundesrichter wählen. Es ist immer wichtig, an solchen entscheidenden Positionen SVP-Richter zu haben.

Notfallpauschale im Spital

Ebenfalls am Mittwoch folgte die Abstimmung zum Thema Notfallpauschale in Spitälern. Andreas Glarner (SVP, AG) vertrat unsere Position. Dabei geht es darum, dass Bagatellen auf dem Notfall nicht mehr kostenfrei sind, sondern eine Gebühr von 50 Franken erhoben wird. Ausgeschlossen sind Kinder und Jugendliche sowie Erwachsene, welche eine ärztliche Überweisung haben bzw. wenn es sich um eine weitere Behandlung handelt. Gerade viele Ausländer, die keinen Hausarzt haben, gehen oft auch mit Erkältungen direkt in den Spitalnotfall. Dies kostet viel mehr und verstopft die Notfallaufnahmen. Darüber diskutieren wir im Par-

lament nun schon seit neun Jahren. Es gab verschiedene Minderheiten und Varianten, wie die Gebühr genau erhoben werden soll. Natürlich war die Linke dagegen und sprach von Zweiklassenmedizin. Die Vorlagen kamen erfreulicherweise knapp durch – ein grosser Erfolg. Nun kommt das Geschäft in den Ständerat. Es ist endlich Zeit für eine Notfallgebühr bei Bagatellen.

Neutralitätsinitiative und Foie gras

Ein grosses Thema war auch die Neutralitätsinitiative von Pro Schweiz und vielen SVP-Exponenten, die leider abgelehnt wurde; dies nach über 80 Rednern. Die Neutralität ist zentral für die Schweiz. Auch während der beiden Welt-

kriege hat dies mitunter dazu geführt, dass wir nie angegriffen wurden. Die Frage ist, ob es nun einen Gegenvorschlag gibt. Der Ständerat hatte sich für einen solchen ausgesprochen.

Am Mittwochmittag und -nachmittag folgte die Debatte zum Thema Stopfleber. In der Schweiz ist diese Tierquälerei seit 40 Jahren verboten. Importiert werden darf dieses Erzeugnis aber noch. Nun gibt es auch zu dieser Initiative einen Gegenvorschlag. Dieser verlangt Kontrollen und eine Deklarationspflicht. Dies wäre sicherlich ein guter Kompromissvorschlag. So könnte auch die Volksinitiative verhindert werden. Als Kulturgut der Welschen kann man dies kaum werten. Man sollte sich meiner Meinung nach auch weiterentwickeln können, und es gibt viele Alternativprodukte. Die Schweizer Bauern dürfen Foie gras seit Jahrzehnten nicht mehr produzieren, und trotzdem kann es aus dem Ausland importiert werden.



Nach drei Wochen geht die Frühjahrsession heute zu Ende.

Bild: Pixabay

NACKTES CHAOS BEI BUNDES-RAT UND MEHRHEIT DES PARLAMENTS

SVP-Initiative stoppt das Zuwanderungs-Chaos

Im Moment ist eine regelrecht «grusig» zu nennende Kampagne vom Bund, den Kantonen und linken Parteien bis zu Wirtschaftsspitzen und der FDP zu erkennen. Sie alle wollen die Nachhaltigkeits-Initiative der SVP gegen die 10-Millionen-Schweiz bodigen, über die am 14. Juni abgestimmt wird. Sie werfen der Initiative Chaos vor. Dabei herrscht im Asylwesen schon lange nacktes Chaos!



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Die Gegner der SVP scheuen sich nicht, die Befürworter der Initiative als menschenverachtend hinzustellen. In der bereits laufenden Kampagne wird das Volksbegehren als «Chaos-Initiative» dargestellt. Die SVP kämpft schon seit Jahrzehnten gegen das Asylchaos der Regierenden. Ihr Chaos zu unterstellen ist nichts anderes als die Umkehrung der Wahrheit.

den Abstimmungskampf ein und macht mit den Gegnern der Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» gemeinsame Sache. Das ist in einer Konkordanzregierung nicht üblich. Gegen die masslose und schädliche Zuwanderung will Jans gar nichts unternehmen. Er will das Problem tatsächlich mit noch mehr Zuwanderung lösen. Er will die Zuwanderung mit noch mehr Steuergeldern zudecken. Das ist nur absurd. Das ist chaotische Politik. Nicht die gut ausformulierte SVP-Initiative.

Ein Regierungs-Chaos

Dass die SVP die Zuwanderung komplett abwürgen will, ist eine Unwahr-

heit. Es könnten bis 2050 immer noch pro Jahr rund 40 000 Personen zusätzlich in die Schweiz kommen. Aber es geht um eine nachhaltige und gesteuerte Zuwanderung im Interesse der Schweiz. Heute ist es so, dass fünf von zehn Zuwanderern, die in die Schweiz kommen, gar nicht arbeiten. Vier von zehn Arbeitsmigranten kommen in Branchen, die bereits eine hohe Arbeitslosigkeit verzeichnen: Gastgewerbe, Handel, Bauwirtschaft. Jedes Jahr strömen 25 000 bis 30 000 Asyl-Migranten in die Schweiz. Die Mehrheit landet im Sozialstaat: Über 80 Prozent leben von der Sozialhilfe. Das kostet Milliarden Franken Steuergelder. Wir wollen Fachkräf-

te statt Asyl-Profiteure. Qualität statt Quantität.

Nachhaltige Zuwanderung statt Chaos

Es geht der SVP um eine nachhaltige und gesteuerte Zuwanderung im Interesse der Schweiz. Aber die grosse Mehrheit der Bevölkerung trägt die Lasten: Die Lebenskosten steigen, die Mieten explodieren, das BIP pro Kopf stagniert, die Lebensqualität sinkt. Ein riesiges Chaos! Es gibt keine «Chaos-Initiative», sondern nur ein Regierungs-Chaos!

Fahne bestellen, aufhängen und Bilder einsenden:



Überforderte Infrastruktur

Mit weiterhin unkontrollierter Einwanderung droht uns in Kürze die 10-Millionen-Schweiz. Diesen Dichtestress und Raubbau an der Natur will die SVP verhindern. Die regelrechte Bevölkerungsexplosion überfordert unsere Infrastrukturen, zerstört unsere Natur und treibt die Mieten noch mehr in die Höhe. Nach dem Zustrom von über 180 000 Menschen in einem einzigen Jahr muss jetzt endlich gehandelt werden. Fördert die SVP damit das Chaos? Nein, das Gegenteil ist der Fall. Die anderen Parteien und der Bundesrat wollen auf diesen Hilfeschrei gar nicht eingehen – denn sie müssten damit Fehler eingestehen.

Zuwanderungsprobleme mit noch mehr Zuwanderung lösen?

Wie will denn der Bundesrat unsere Zuwanderungsprobleme lösen? SP-Bundesrat Beat Jans mischt sich direkt in



Das Chaos haben wir bereits, die Nachhaltigkeits-Initiative soll es lösen.

Bild: nachhaltigkeitsinitiative.ch

BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) von März 2025 bis Februar 2026

Der Bericht der Geschäftsprüfungskommission über ihre Tätigkeit von März 2025 bis Februar 2026 nahm den grössten Teil der Ratssitzung vom Montag ein. Allein ein Viertel des ganzen Berichts geht auf die IT-Fachapplikationen des Amtes für Justizvollzug und Wiedereingliederung (JUWE) ein. Der Bericht wurde von den Mitgliedern aller Parteien in der GPK abgenommen.



Christoph Marty
Kantonsrat SVP
Zürich

Ein Sprecher der SP-Fraktion beanstandete, dass das IT-Debakel einen unzulässig hohen Anteil im Geschäftsbericht aufweist. Aber die Pannenserie in der Justizdirektion nimmt auch kein Ende. Der Tenor der linken Redner war trotzdem: Das Amt für Justizvollzug und Wiedereingliederung unter SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr stehe nicht alleine da, alle anderen Departemente wiesen auch Fehler auf. Nur hat die Pannenserie in der Justizdirektion mittlerweile einen seriellen Charakter angenommen. Die freihändige Vergabe von IT-Leistungen in achtstelliger Höhe durch die Regierungsrätin war da nur noch das Tüpfchen auf dem i, geht doch ein Viertel des ganzen Berichts auf die Fachapplikationen der JUWE ein und wurde von allen Mitgliedern der GPK abgesegnet – auch von den SP-Mitgliedern der GPK. Dieser Umstand wurde der Gegenseite von SVP-Kantonsrat und GPK-Mitglied René Isler nochmals in Erinnerung gerufen.

Minderjährige Asylmigranten haben in den letzten fünf Jahren Kosten in neunstelliger Höhe generiert. Wie immer

war das Wohl von unbegleiteten minderjährigen Asylmigranten (MNA) ein wichtiges Thema für die Linken. Kantonsrat Lorenz Habicher sprach dazu für die SVP-Fraktion. In den letzten fünf Jahren wurden 210 513 285 Franken für die sogenannten MNA aufgewendet. Die Frage, wie hoch der Anteil der wirklich Minderjährigen und wie hoch der Anteil derjenigen ist, welche das nur vorgeben zu sein, wurde nicht gestellt. Der Kanton Zürich lässt sich die Pflege dieser illegal eingereisten Neubürger jedenfalls eine satte Stange Geld kosten. Eine Sprecherin der Grünen musste darauf einräumen, dass die teure Handhabung dieser ungebetenen Gäste nun auch ihren Vorstellungen entspricht.

Einreisende Störenfriede werden am Flughafen festgesetzt und ausgeschafft

Wer über den Flughafen trotz bestehender Einreiseperrre in den Kanton Zürich einreisen will, kann daran konsequent gehindert werden. Lobend wurde die diesbezügliche Arbeit der Kantonspolizei von bürgerlicher Seite erwähnt. Dass ein als unverbesserlicher Antisemit bekannter Redner direkt am Flughafen festgesetzt und umgehend wieder ausgeschafft wurde, zeigt, dass im Kanton Zürich bei Ausländern, welche einreisen wollen, um den inneren Frieden zu stören, konsequent durch-

gegriffen werden kann. Natürlich wurde das von den Ratslinken hart kritisiert; hätte doch dieser «Journalist» an einer ihrer Veranstaltungen auftreten sollen. Die Agitationsarbeit von Aktivisten, die unserer Kultur und unserer Lebensart feindlich-negativ gegenüberstehen, ist Rotgrün nun mal wichtiger als das Interesse der ansässigen Bevölkerung an einem friedlichen Miteinander.

Fraktionserklärung für eine AXPO im Dienste der Öffentlichkeit

Diese Fraktionserklärung der SP-, SVP/EDU-, EVP-, AL- und Mitte-Fraktionen wurde in einer seltenen, wenn nicht einmaligen Konstellation gehalten. Immer mehr Fraktionen unseres Rats nehmen Anstoss am Geschäftsgebaren der AXPO. Fraktionsübergreifend wurde daher in fünf Punkten gefordert:

1. Es darf keine versorgungsrelevante Infrastruktur an Private verkauft werden.
2. Es dürfen keine AXPO-Aktien mit Mitbestimmungsrechten an Private verkauft werden.
3. Die AXPO muss unter starker, demokratischer Kontrolle der öffentlichen Hand stehen.
4. Es dürfen keine Risiken auf Kosten der inländischen Stromversorgung eingegangen werden.
5. Die Parlamente und Kommissionen müssen transparent informiert werden.



Das Geschäftsgebaren der AXPO stösst in immer mehr politischen Lagern auf Unverständnis.

Bild: Adobe Stock

WORTE DES REDAKTORS

Die Gemeindeautonomie bewahren

Die Stärke unseres politischen Systems liegt in seiner Nähe zur Bevölkerung. In der Schweiz werden viele Entscheidungen dort getroffen, wo ihre Auswirkungen direkt spürbar sind: in den Gemeinden. Gerade im Kanton Zürich zeigt sich seit Jahrzehnten, wie gut dieses Prinzip funktioniert. Gemeinden kennen ihre lokalen Bedürfnisse am besten und können flexibel auf Herausforderungen reagieren.

Doch in den letzten Jahren ist eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten. Immer häufiger greift der Kanton mit neuen Vorgaben und Regulierungen in die Kompetenzen der Gemeinden ein. Was früher lokal entschieden wurde, wird zunehmend auf kantonaler Ebene geregelt. Damit geht ein Stück jener politischen Kultur verloren, die unser System so erfolgreich gemacht hat.

Die Gemeinden leisten tagtäglich wichtige Arbeit. Sie sorgen für funktionierende Schulen, eine zuverlässige Infrastruktur und ein lebendiges Ge-

meindeleben. Gleichzeitig übernehmen sie eine zentrale Rolle bei der Integration, der Raumplanung oder der sozialen Unterstützung. Diese Aufgaben können nur dann effizient erfüllt werden, wenn die Gemeinden genügend Handlungsspielraum behalten.

Wer immer mehr Entscheidungen zentralisiert, riskiert das Gegenteil: mehr Bürokratie, längere Entscheidungswege und weniger praxisnahe Lösungen. Was auf dem Papier gut aussieht, funktioniert in der Realität nicht immer gleich gut – gerade, weil die Situationen vor Ort sehr unterschiedlich sein können.

Die Gemeindeautonomie ist deshalb kein politisches Detail, sondern ein grundlegendes Prinzip unseres Staatswesens. Sie sorgt für Wettbewerb zwischen Lösungen, stärkt die Verantwortung vor Ort und fördert das Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

Der Kanton sollte deshalb zurückhaltend sein, wenn es darum geht, neue Vorgaben für die Gemeinden zu schaf-

fen. Natürlich braucht es übergeordnete Regeln und eine gewisse Koordination. Doch diese dürfen nicht dazu führen, dass die Handlungsmöglichkeiten der Gemeinden immer stärker eingeschränkt werden.

Der Kanton Zürich lebt von starken Gemeinden. Sie sind das Fundament unserer politischen Ordnung und ein wichtiger Bestandteil der direkten Demokratie. Dieses Erfolgsmodell sollten wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Statt mehr Zentralisierung braucht es Vertrauen in die Verantwortung vor Ort. Denn Politik funktioniert am besten dort, wo sie nahe bei den Menschen ist.



von Sean Burgess

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Staatliche Beteiligungen: Am Ende zahlen immer die Steuerzahler



Marc Bochsler
Kantonsrat SVP
Wettswil am Albis

Gerade aus Sicht der Steuerzahler ist das ungenügend. Staatliche Beteiligungen sind nie risikolos. Finanzielle Verpflichtungen, politische Abhängigkeiten oder Reputationsschäden können rasch entstehen – und letztlich trägt immer der Kanton die Verantwortung.

Deshalb muss künftig klarer aufgezeigt werden, weshalb der Kanton überhaupt an bestimmten Organisationen beteiligt ist, welchen konkreten Nutzen diese Beteiligungen für den Kanton haben und welche Risiken damit verbunden sind. Der Staat darf nicht einfach stiller Teilhaber sein, ohne seine Verantwortung als Eigentümer wahrzunehmen.

Der Kantonsrat hat deshalb zu Recht festgehalten, dass die nächste Beteiligungsstrategie deutlich substanzieller ausfallen muss. Es braucht eine echte strategische Gesamtsicht – mit einer klaren Darstellung der Risiken für den Kanton und damit für die Steuerzahler.

Denn eines muss klar sein: Wenn der Staat wirtschaftlich mitmisch, dürfen Nutzen und Risiken nicht im Dunkeln bleiben. Am Ende bezahlt sonst immer die Bevölkerung.

Der Kanton Zürich ist an zahlreichen Organisationen und Unternehmen beteiligt. Hinter diesen Beteiligungen stehen teilweise erhebliche finanzielle Verpflichtungen. Wenn Risiken eintreten oder Fehlentscheidungen getroffen werden, steht am Ende der Staat gerade – und damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Genau deshalb hat der Gesetzgeber verlangt, dass dem Kantonsrat zu Beginn jeder Amtsdauer eine Beteiligungsstrategie vorgelegt wird. Das Parlament soll wissen, wo der Kanton beteiligt ist, weshalb er dort beteiligt ist und welche Risiken daraus entstehen.

Der nun vorliegende Bericht des Regierungsrates liefert erstmals eine solche Übersicht. Er zeigt auf, an welchen Institutionen der Kanton beteiligt ist und welche Eigentümerstrategien bestehen. Diese Auslegeordnung ist grundsätzlich sinnvoll und schafft mehr Transparenz.

Doch eine eigentliche strategische Gesamtsicht des Kantons als Eigentümer ist darin noch kaum erkennbar. In vielen Teilen handelt es sich eher um eine Sammlung bestehender Strategien einzelner Beteiligungen als um eine klare Gesamtstrategie des Kantons.

Das Votum im Kantonsrat als Video:



Die Beteiligungen des Kantons an bestimmten Organisationen haben im Kantonsrat Fragen aufgeworfen.

Bild: Adobe Stock

AKTUELLE MEDIENMITTEILUNGEN



Natalie Rickli kandidiert erneut als Regierungsrätin



Ernst Stocker tritt nicht mehr an
Prägende Regierungsratszeit endet 2027



Regierungsrat unterstützt SVP-Vorstoss
Bedeutender Erfolg für den Schutz unserer Werte



FDP und SVP ergreifen das Kantonsratsreferendum
Stimmvolk soll über das massive Wachstum der Lohnsumme in der Volksschule entscheiden können



727 Millionen Überschuss
SVP sieht Steuersenkung bestätigt

Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



MEDIENMITTEILUNG DER SVP DES KANTONS ZÜRICH

Ernst Stocker tritt nicht mehr an – prägende Regierungsratszeit endet 2027

Unser Zürcher SVP-Regierungsrat Ernst Stocker hat angekündigt, bei den nächsten Regierungsratswahlen im kommenden Frühling nicht erneut anzutreten. Nach vielen Jahren im Dienst der Zürcher Bevölkerung wird er damit seine Tätigkeit in der kantonalen Exekutive auf Ende der laufenden Legislatur beenden.

Ernst Stocker gehört seit 2010 dem Regierungsrat des Kantons Zürich an. Von 2010 bis 2015 stand er der Volkswirtschaftsdirektion vor, seit 2015 ist er Vorsteher der Finanzdirektion. In den Amtsjahren 2015/2016 sowie 2022/2023 amtierte er zudem als Präsident des Regierungsrates. Mit seiner ruhigen, sachlichen Art und seiner grossen finanziellen Kompetenz hat er die Zürcher Finanzpolitik während vieler Jahre entscheidend geprägt.

Bereits zuvor war Ernst Stocker während Jahrzehnten auf kommunaler und kantonalen Ebene politisch tätig. Von 1987 bis 2010 gehörte er dem Kantonsrat an und präsidierte diesen im Amtsjahr 2003/2004. Auf kommunaler Ebene war er von 1998 bis 2006 Mitglied des Stadtrats von Wädenswil und anschliessend von 2006 bis 2010 Stadtpräsident.

Zu seinem Entscheid sagt Ernst Stocker: «Es war mir eine Freude und eine Ehre, als SVP-Regierungsrat den Zürcherinnen und Zürchern zu dienen. Nach vielen intensiven und erfüllenden Jahren ist für mich der richtige Zeitpunkt gekommen, die Verantwortung weiterzugeben.»

Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident der SVP Kanton Zürich, würdigt Stockers Wirken: «Ernst Stocker hat den Kanton Zürich mit grossem Pflichtbewusstsein und hoher Sach-

kompetenz geprägt. Sein Einsatz für eine stabile und verantwortungsvolle Finanzpolitik verdient grosse Anerkennung und hat wesentlich zur finanziellen Stärke unseres Kantons beigetragen.»

Auch Kantonsrat Tobias Weidmann, Präsident der SVP-Kantonsratsfraktion, betont: «Über 1.5 Milliarden Franken Schuldenabbau, hohe Investitionen und gleichzeitig fünf Prozentpunkte tiefe

Steuern – das ist die starke finanzielle Bilanz von Ernst Stocker.»

Die SVP des Kantons Zürich dankt Ernst Stocker bereits heute für seinen langjährigen und engagierten Einsatz zugunsten unseres Kantons und der Zürcher Bevölkerung. Für die noch anstehenden finanzpolitischen Weichenstellungen in seiner verbleibenden Amtszeit wünschen wir ihm weiterhin viel Erfolg und Durchsetzungskraft.



Regierungsrat Ernst Stocker prägt die Zürcher Finanzpolitik seit vielen Jahren.

Bild: Staatskanzlei

MEDIENMITTEILUNG DER SVP DES KANTONS ZÜRICH

Natalie Rickli kandidiert erneut als Regierungsrätin

Die SVP des Kantons Zürich freut sich ausserordentlich, dass Regierungsrätin Natalie Rickli bei den kommenden Regierungsratswahlen im April 2027 erneut kandidieren wird. Mit ihrer grossen politischen Erfahrung und ihrem konsequenten Einsatz für die Bevölkerung hat sie sich in den vergangenen Jahren als starke und verlässliche Stimme im Zürcher Regierungsrat etabliert.

Natalie Rickli erklärt zu ihrer erneuten Kandidatur: «Wir haben eine hohe Lebensqualität im Kanton Zürich, auch dank einer guten Gesundheitsversorgung. Diese gute Ausgangslage ist nicht selbstverständlich und ihr gilt es, Sorge zu tragen. Ich will mich weiterhin für unsere Bevölkerung und unseren Kanton einsetzen, damit wir ihn so lebenswert erhalten können.»

Seit Mai 2019 steht Natalie Rickli der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich vor. Sie führt damit eine der anspruchsvollsten Direktionen in einer für das Gesundheitswesen herausfordernden Zeit besonnen und gradlinig.

Auch dank ihres Engagements kann sich die Zürcher Bevölkerung auf eine umfassende und leistungsfähige Gesundheitsversorgung verlassen. Nach finanziell schwierigen Jahren haben die kantonalen Spitäler USZ, KSW und ipw vergangene Woche starke Jahresabschlüsse präsentiert. Generell ist die Spitalversorgung im Kanton auf hohem Niveau sichergestellt, was auf die wirkungsvolle neue Spitalplanung zurückzuführen ist.

Als Gesundheitsdirektorin zeigte Natalie Rickli auch in der laufenden Legislatur Weitsicht und Gestaltungswille, beispielsweise mit dem Aufsuchen

den Dienst Forensic Nurses, einem neuartigen Angebot zur Unterstützung von Opfern sexueller und häuslicher Gewalt, der Förderung innovativer Ausbildungsprojekte im Rahmen der Umsetzung der Pflegeinitiative oder der neuen Palliative-Care-Strategie für eine würdige und selbstbestimmte Begleitung von Menschen mit schweren oder unheilbaren Krankheiten.

Natalie Rickli überzeugt nicht nur als Gesundheitsdirektorin: Im Amtsjahr 2024/25 war sie eine äusserst prägnante und erfolgreiche Regierungspräsidentin für alle Zürcherinnen und Zürcher.

Rickli verfügt über einen langjährigen politischen Leistungsausweis: Von 2007 bis 2019 vertrat sie den Kanton Zürich im Nationalrat, zuvor engagierte sie sich als Kantonsrätin sowie als Gemeinderätin im Grossen Gemeinderat der Stadt Winterthur.

Für Tobias Weidmann, Präsident der SVP-Kantonsratsfraktion, ist klar: «Mit Natalie Rickli verfügt der Kanton Zürich über eine erfahrene, durchsetzungsstarke und bodenständige Regierungsrätin. Sie kennt die politischen Prozesse auf allen Ebenen und setzt sich konsequent für eine effiziente und leistungsfähige Gesundheitsversorgung ein.»

Auch Kantonalparteipräsident Domenik Ledergerber begrüsst die erneute Kandidatur: «Der Einsatz für die Zürcher Bevölkerung, klare bürgerliche Positionen und eine grosse Sachkompetenz zeichnen Natalie Rickli aus. Die SVP ist überzeugt, dass sie ihre erfolgreiche Arbeit im Regierungsrat fortsetzen und den Kanton Zürich weiterhin mit Weitsicht und Engagement mitgestalten wird.»

Die SVP des Kantons Zürich ist überzeugt, mit Natalie Rickli eine ausgewiesene Führungspersonlichkeit für die kommenden Herausforderungen im Regierungsrat zu stellen.



Regierungsrätin Natalie Rickli am Sechseläuten 2022.

Bild: zv

AUFGEPASST VOR DER KATZE IM SACK

Parteilos

Nach dem letzten Wahlsonntag zeigte sich, dass eine Rekordzahl von Parteilosen in viele Gemeindebehörden des Kantons Zürich gewählt worden ist. Diese Tendenz bereitet vielen verantwortungsvollen Bürgerinnen und Bürgern Sorge.



Karl Spühler Winterthur

Das kommt durch Leserbrief, aber auch in vielen persönlichen Gesprächen zum Ausdruck. Es liegt zwar ein allgemeines staatspolitisches Problem vor; das Problem hat jedoch auch eine rechtliche Dimension. Diese Seite des Problems beschäftigt mich sehr. Ich bin nicht Politiker, ich bin aber politisch interessiert. Die Frage sollte nicht Politikern und Juristen überlassen werden, sondern es ist eine Frage der persönlichen Verantwortung jeder Schweizer Bürgerin und jedes Schweizer Bürgers.

Es ist kein Ruhmesblatt, unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie zu geniessen, ohne auch öffentlich Flagge zu zeigen – dies vor allem in Zeiten, in denen der Schweiz die Unterwerfung droht. Besonders aufgefallen ist mir in letzter Zeit, dass viele Auslandsstämmige, die das Schweizer Bürgerrecht erworben haben oder allgemein einen Migrationshintergrund aufweisen, sich für die SVP interessieren und ihr gar beitreten. Auf deren Listen bei den Zürcher Gemeindewahlen fanden sich etliche fremdländische Namen. Alle diese Personen haben erkannt, wie wertvoll unser System für die Freiheit sowie für Wohlergehen und Wohlstand ist. Sie haben erkannt, dass man hier nicht nur konsumieren und schmarotzen kann. Sie haben auch erkannt, dass es staatspolitische Verantwortung und persönliche Leistungsbereitschaft, nicht nur

im privaten, sondern auch im öffentlichen Raum braucht.

Die andere Seite

Derweil zeigt sich leider vor allem in kleineren Gemeinden – zum Glück nicht in allen – dass Parteilosigkeit dominiert. Parteilosigkeit wird dabei als Unabhängigkeit missbraucht. Parteilosigkeit wird als besonders moralisch propagiert. Aber: Egoismus überwiegt. Staatspolitische Verantwortungslosigkeit grassiert. Das Problem liegt bei einer sorgfältigen Analyse nicht in erster Linie bei den wählenden Stimmberechtigten, das eigentliche Problem liegt bei den Kandidierenden. Sie müssen sich nicht für etwas bekennen, egoistisch hoffen sie auf Stimmen von links, rechts und aus der Mitte. Ihre politische Position wird der Wählerschaft verschwiegen. Staatspolitische Verantwortung ist ihnen ein Fremdwort. Purer Egoismus herrscht.

Staatspolitische Verantwortung und nicht Egoismus

In einem neuen staatsrechtlichen Lehrbuch las ich, dass ohne politische Parteien ihre Vorschläge, Parolen und ihr Wirken unser politisches System undenkbar wäre. Ihre Existenz und ihr Wirken sind Garant des schweizerischen demokratischen Rechtsstaates. Und zum Schluss: Während Jahrzehnten gab ich nie einem Parteilosen meine Stimme. Ich wollte nie die Katze im Sack kaufen. Ich wollte, dass verantwortungsvolle Leute als Mandatsträger unsere Geschicke leiten, Leute, die auch in unangenehmen Situationen Flagge zeigen. Ich empfehle: Wählt nie einen Parteilosen. Lasst euch nicht übertölpeln!



In einer Demokratie ist es wichtig zu wissen, wofür Kandidaten für ein politisches Amt stehen.

Bild: Adobe Stock

Begrüssung durch Jürg Stahl, Alt-Nationalratspräsident

„Der EU-Rahmenvertrag betrifft auch Sie!“

Einladung zur öffentlichen Informations-Veranstaltung

Es informiert:

Tobias Weidmann
Fraktionschef SVP, Kantonsrat

Martin Huber
FDP Kantonsrat

Alle sind herzlich willkommen!

Eine Verpflegung wird offeriert.

Wo: Zelglitrotte, 8442 Hettlingen

Wann: 23. März 2026, 19:15 Uhr

FDP
Die Liberalen

SVP
Die Partei des Mittelstandes

SVP GOSSAU

Was geschah am 8. März 2026 in Gossau?

Lokal war der 8. März 2026 schon länger ein grosses Thema, und nachdem die regionale Presse ausführlich darüber berichtet hatte, widmeten sich sogar der urbane «Tages-Anzeiger», die weltgewandte «Neue Zürcher Zeitung» und das skandalerprobte Portal «Inside Paradeplatz» der Nachricht aus der Provinz: In Gossau wurde der Gemeindepräsident abgewählt! Was war geschehen?

Je entfernter die Kommentatoren sich befanden, desto klarer sahen sie den einen und einzigen Grund. Der FDP-Mann Jörg Kündig, bekannt in seiner weiteren Funktion als Präsident des Verbandes der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich und damit als sogenannter 8. Regierungsrat des Kantons Zürich, war wegen des Spitals Wetzikon abgewählt worden. In seiner Amtszeit als Präsident des Verwaltungsrates der GZO AG musste das Spital um Nachlassstundung ersuchen. Der Schaden für Gläubiger und Aktionärsgemeinden beträgt provisorisch 200 Millionen Franken. Die finanzschwachen Gemeinden des Zürcher Oberlandes müssen 50 Millionen Franken frisches Eigenkapital zur Verfügung stellen; der Kanton Zürich soll eine Fremdfinanzierung in gleicher Höhe garantieren.

Dieselbe Ursache identifizierte die FDP Gossau, aber mit einem wichtigen Zusatz. Die SVP Gossau habe, so lauten ihre Aussagen in «Tages-Anzeiger» und «Neue Zürcher Zeitung», eine Schmutzkampagne gegen Jörg Kündig geführt, um ihren SVP-Kantonsrat Daniel Wäfler als Gemeindepräsidenten zu installieren. Auf den Mann sei gezielt worden, ein nicht existierendes Problem in der Gemeinde selber herbeigeredet worden, Flugblätter seien verteilt und Leserbriefe geschrieben worden. Ein klarer Fall eines ungerechtfertigten und hinterhältigen Angriffs und erfolgreichen Umsturzes eines erfolgreichen und unangefochtenen Gemeindepräsidenten.

Die lokalen Medien sahen dies differenzierter. So berichtete der «Zürcher Oberländer» von grosser Unzufriedenheit im Dorf und kommentierte, Jörg Kündig habe den Zeitpunkt seines Abgangs verpasst.

Probleme während der gesamten Legislatur

Weder ein König noch ein Gemeindepräsident muss sich fürchten, wenn alle zufrieden sind. Bei der Erneuerungswahl 2022 betrug die Stimmbeteiligung 23% und die Wiederwahl von Jörg Kündig war völlig unbestritten.

Aber, so formulierte es «zuerioberland24.ch», in den Gemeindeversammlungen wurden seither Budgets gerupft und Verordnungen zerrissen. Und dies schon seit 2023. Die SVP Gossau war nicht mehr zufrieden mit Budgetüberschreitungen, Personalwachstum und drohender Zunahme der Verschuldung von jährlich immerhin drei Millionen Franken. In der Antwort auf eine SVP-Anfrage musste der Gemeinderat eine markante Zunahme von Stellen auf der Gemeindeverwaltung – bei konstanter Bevölkerung – einräumen. Dies führte dazu, dass die SVP erfolgreich einen Kürzungsantrag bei der nächsten Budget-Gemeindeversammlung stellte. Und kurz danach musste sie einen Stimmsrechtsrekurs wegen einer weder budgetierten noch gebundenen Ausgabe einreichen; der Bezirksrat folgte den Argumenten der SVP. Die Initiative für eine Schuldenbremse wurde zugunsten des Gegenvorschlages des Gemeinderates zurückgezogen. Gossau hat jetzt eine kommunale Schuldenbremse, die vom Souverän im September 2025 mit 82% Ja-Stimmen bei einer Stimmbeteiligung von 51% verabschiedet wurde. Aber das war noch nicht alles. Die Vorlage für eine Teilrevision der Bau- und Zonenordnung wurde in der Gemeindeversammlung vom November 2025 richtiggehend versenkt. Mehrmals schritt SVP-Mann Christian Weber zum Mikrophon und stellte Änderungsanträge,

die mit grossen Mehrheiten angenommen wurden.

Mit Daniel Wäfler stellte sich ein – auch ausserhalb der eigenen Reihen – angesehener und respektierter SVP-Kantonsrat für die Kandidatur zum Gemeindepräsidenten zur Verfügung. Es gab erste erfreute Reaktionen, dass endlich eine reale Alternative zur Verfügung stehe.

Das Spital Wetzikon spielte im Wahlkampf der SVP keine Rolle, aber es war den Stimmbürgern ohnehin bewusst. Die SVP sprach die lokalen Themen an: Ewige Baustellen, Deponiepläne im Wald oder die finanzielle Entwicklung der Gemeinde. An all diesen Themen hatte die SVP Gossau kontinuierlich und während Jahren gearbeitet. An fast jeder Gemeindeversammlung hatte Claudio Zanetti, der Präsident der SVP Gossau, das Wort ergriffen, notierte der «Zürcher Oberländer».

Die Resultate sprechen Bände

Nur gegen grossen Widerstand der FDP Gossau gelang es, eine Podiumsveranstaltung mit allen Kandidaten für den Gemeinderat zu organisieren. Der Auftritt des Amtsinhabers Jörg Kündig rief Verwunderung hervor und löste irritierte Kommentare aus.

Bei der Erneuerungswahl 2026 kam es bei sämtlichen Behörden zu Kampfwahlen. Die Stimmbeteiligung betrug fast 52% und Daniel Wäfler, der neu für den Gemeinderat kandidierte, erzielte das beste Ergebnis aller Kandidaten. Und er hatte eine sehr komfortable Mehrheit bei der Wahl des Gemeindepräsidenten. Alle neuen Kandidaten der SVP wurden gewählt und die SVP sicherte sich mit ihnen je einen zusätzlichen Sitz in Gemeinderat und Rechnungsprüfungskommission. Die bisherigen Mitglieder von Schulpflege und Sozialbehörde wurden mit hervorragenden Resultaten bestätigt.

Jörg Kündig wurde knapp nochmals in den Gemeinderat gewählt, aber vom neu kandidierenden SVP-Mann Markus Weidmann ebenfalls überholt. Ein FDP-Kandidat schied als überzählig aus. Jörg Kündig lehnte die Wahl als einfacher Gemeinderat ab und es wird einen zweiten Wahlgang für den einen freien Sitz im Gemeinderat geben.

Gewiss hat das Malaise um das Spital Wetzikon eine wichtige Rolle gespielt. Aber der frischen und engagierten Kandidatur von Daniel Wäfler konnte Jörg Kündig nicht überzeugend entgegentreten, und zu den von der SVP seit Jahren bemängelten Themen konnte oder wollte er nichts sagen. Und so fragten sich Aussenstehende verutzt, was hier geschehen war, während die Gossauer zum Schluss kamen, genau das sei wohl absehbar gewesen.

Markus Weidmann, Gemeinderat SVP



v.l.n.r.: Christian Weber, Claudio Zanetti, Daniel Wäfler und Markus Weidmann.

Bild: zVg

DIE SCHWEIZ BLEIBT NEUTRAL

Krieg im Iran

Nachdem Israel einen Krieg längst angekündigt und die USA eine gewaltige Armada vor dem Iran bereitgestellt hatten, war der militärische Angriff absehbar. Schon Präsident Obama – wohl etwas naiv – hat geglaubt, dass die Mullahs die Verträge einhalten würden, während Israel immer gewarnt hat. Trump ist dann aus diesem Vertrag ausgestiegen, weil er nicht funktionierte. Und so kam es – wie vorausgesehen.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Eine militärisch erstaunliche Leistung war die präzise Ausschaltung der obersten iranischen Führung. Offenbar wurde diese völlig überrascht. Sie war unbegreiflicherweise ungeschützt. Doch Islamisten wie die Herrscher im Iran haben eine ganz andere Werteordnung als wir. Im Westen ist die Abwehr darauf ausgerichtet, den Gegner abzuschrecken, indem dieser damit rechnen muss, getötet zu werden. Dem Islamisten ist es gleichgültig, getötet zu werden, ja er sucht sogar den Tod, um zum Märtyrer und im Jenseits entsprechend belohnt zu werden.

Der 86-jährige oberste Führer Ali Chameini starb in höchsten Ehren als Märtyrer.

Was sind die militärischen Strategien? Bei Israel ist sie als Sofortmassnahme klar: Irans Angriffswaffen, mit denen Israel bedroht wird, sind zu vernichten. Für die USA dürfte dies einstweilen deckungsgleich sein. Doch für die Fortsetzung stiessen die USA andere Töne aus. Etwas naiv haben sie die Stimmung im Iran falsch beurteilt. Sie überschätzten die grossen Demonstrationen gegen das dortige Regime. Doch der erwartete Umsturz blieb aus. Der getötete Führer Chameini ist sofort durch seinen Sohn ersetzt worden. Die iranische Armee bombardiert Israel und umliegende Staaten. Mit dem gefährlichen Ziel, den Krieg eskalieren zu lassen. Für die Schweiz heisst das: Streng neutral bleiben, sonst landet unser Land auch im Krieg!



Der Iran-Krieg verdeutlicht, wie wichtig die Schweizer Neutralität ist.

Bild: neutralitaet-ja.ch

RELIGION AN VOLKSSCHULEN

Der Kanton hat Bayram als religiösen Feiertag genehmigt!

Mir schlug der Puls höher, als die Schulleitung kurz vor Bayram an die Eltern der gesamten Primarschule schrieb: «Der Kanton hat den 20. März als religiösen Feiertag genehmigt. Dafür muss also kein Jokertag einbezogen werden.»



Fabian Schenkel
Präsident SVP
Dänikon-Hüttikon
Hüttikon

Als gläubiger Christ fühle ich mich in meinen religiösen Gefühlen verletzt durch diesen Aufruf zum muslimischen Fest. Darauf schrieb mir ein Vater und Parteimitglied: «Mir geht die Galle hoch!» Im Grundsatz darf jeder glauben, was er will. Doch wir sind hier in einem christlich geprägten Land, in dem die Kirchenglocken den Mittag einläuten.

Es beschäftigt mich besonders, wenn an meinem Wohnort, an dem mehr als die Hälfte der SVP ihre Stimme geben, die öffentliche Volksschule solche Mitteilungen an die gesamte Elternschaft verschickt. Was ist denn mit der Gleichbehandlung? Gehen diese Bayram feiernden Kinder an Weihnachten zur Schule? Ein Anfang ist, dass der Regierungsrat den SVP-Vorstoss im Kantonsrat – Motion 379/2025 «Keine Unterdrückung von Frauen und Mädchen an Zürcher Schulen und Kindergärten» – unterstützt und politisch-religiöse Symbole an der Volksschule keinen Platz haben. Es ist zu hoffen, dass dabei auch diese Feiertagsregelungen überdacht werden.



Die Volksschule muss ein Ort sein, an dem Gleichberechtigung, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit vermittelt werden.

Bild: SVP Kanton Zürich

Keine 10 Millionen Schweiz

Die Stadtratskandidaten Tanja Lips & André Ingold werden auch vor Ort sein

Podiumsdiskussion Nachhaltigkeits-Initiative

Mittwoch, 25. März 2026, Dübendorf
Saal Restaurant Hecht (1. OG), Bahnhofstr. 26
Türöffnung: 18.30 Uhr ~ Podium: 19.00 Uhr
Apéro im Anschluss

Referent **Thomas Matter** NR, Erstunterzeichner

Moderation **Michael Kaspar** Zürcher Oberland Medien

Referent **Julian Croci** Gemeinderat

SCHWEIZER QUALITÄT Die Partei des Mittelstandes

GRÜNE STADT DÜBENDORF

Keine 10 Millionen Schweiz

Jetzt mitmachen und Nachhaltigkeitsinitiative unterstützen

Newsletter anmelden

Jetzt Spenden

Fahne bestellen

Unterstützer werden

Fadegrad



von
Ueli Bamert

Gut gemeint ist auch daneben

Die Wahlen sind geschlagen, die SVP hat an Sitzen zugelegt, ebenso die FDP und Die Mitte. Weil die Grünliberalen und die EVP aber eingebrochen sind, konnte die tiefrotgrüne Mehrheit aus SP, Grünen und AL dennoch nicht geknackt werden. Dies ist die Kurzzusammenfassung der Stadtzürcher Gemeinderatswahlen 2026 – mit Ernüchterung stellt man fest, dass Zürcherinnen und Zürcher noch lange nicht genug haben von linker Bevormundung, Umverteilung und hohen Steuern. Und so wird der alltägliche Wahnsinn auch die nächsten vier Jahre ungehindert weitergehen. Ein Beispiel gefällig? Letzte Woche wurde die neueste, wohlgerne millionenteure Plakatkampagne der Stadt Zürich zum Thema häusliche Gewalt vorgestellt. Auf den Plakaten sind Menschen mit verschränkten Armen zu sehen, das Gesicht abgeschnitten, und darüber der Slogan «Gewalt macht dich nicht zum Mann. Zuhören schon» – wobei der Nachsatz von Plakat zu Plakat variiert. Hinter der objektiv gut gemachten Kampagne stehen mit Sicherheit hehre Absichten. Sie hat aber einen grossen Makel: Es gibt sie nur auf Deutsch. Gemäss Zahlen des Bundesrats werden ausländische Männer zweieinhalbmal öfter der häuslichen Gewalt angeklagt als Schweizer Männer – wobei Eingebürgerte wie immer ausgenommen sind. Selbst ausländische Frauen wenden gemäss Statistik zu Hause öfter Gewalt an als Schweizer Männer. Dennoch findet es die Stadt Zürich offenbar ausreichend, eine solche Kampagne nur auf Deutsch zu fahren. Ausgerechnet diese Stadt, in der die meisten städtischen Angebote auch auf Albanisch, Arabisch, Türkisch und in anderen Sprachen angeboten werden, damit ja kein Neuzuzüger, egal aus welcher exotischen Landen er nach Zürich gekommen ist, eine der zahlreichen städtischen Segnungen verpasst. Die Angst, einzelne Ausländergruppen zu stigmatisieren, indem man Gewaltprävention auch in ihren Sprachen anbietet, ist so gross, dass man lieber eine wirkungslose Massnahme finanziert. Realsatire pur, man wähnt sich in einem Monty-Python-Film. Das Vorgehen offenbart aber noch grundlegendere Mängel: Wer, sofern er sie denn versteht, soll mit einer solchen Kampagne überhaupt erreicht werden? Ist man in der Stadtverwaltung wirklich der Meinung, dass ein Unhold, der zu Hause seine Frau schlägt, an so einem Plakat vorbeiläuft, sich überrascht an den Kopf fasst und danach mit einem Blumenstrauß zu Hause auftaucht und sich entschuldigt? Die Kampagne mag gut gemeint sein. Sie ist aber vor allem eines: hilflos. Was Zürich wirklich braucht, ist mehr Repression gegen Gewalttäter jeglicher Herkunft, eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung und nicht zuletzt ernstgemeinte und professionelle Beratungsangebote für Opfer von häuslicher Gewalt, und zwar nicht nur auf Deutsch. Schliesslich sind auch die Opfer von solchen Straftaten mehrheitlich Ausländerinnen.

MEDIENMITTEILUNG DER SVP STADT ZÜRICH

BZO-Totalrevision Stadt Zürich – SVP fordert praktikable Lösungen und warnt vor Überregulierung

Die SVP Stadt Zürich nimmt zur Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) 2026 Stellung. Die BZO ist ein zentrales Instrument der Stadtentwicklung und bestimmt, wie sich Zürich räumlich, wirtschaftlich und gesellschaftlich entwickelt.

Bis 2040 wird in der Wohnregion Zürich ein Wachstum durch Zuwanderung von rund 230'000 Personen erwartet. Dies erhöht den Druck auf den Wohnungsmarkt erheblich. Die SVP anerkennt den Bedarf an zusätzlichem Wohnraum, fordert jedoch wirtschaftlich tragbare Rahmenbedingungen. Übermässige Auflagen dürfen Bauprojekte nicht verhindern.

Positiv bewertet die SVP die Streichung der Hochhauszonen. Gleichzeitig wird begrüsst, dass weiterhin eine moderate Verdichtung innerhalb des bestehenden Siedlungsgebiets vorgesehen ist. Diese ist sinnvoller als eine Ausdehnung der Bauzonen und kann zusätzlichen Wohnraum schaffen.

Kritisch beurteilt die SVP die sogenannte negative Vorwirkung. Neue Vor-

schriften können bereits vor ihrer politischen Verabschiedung zur Anwendung kommen, was erhebliche Rechts- und Planungsunsicherheit schafft. Solche Instrumente sind zurückhaltend einzusetzen. Eigentumsrechte, wirtschaftliche Zumutbarkeit und die Realisierbarkeit von Bauvorhaben müssen gewährleistet bleiben. Der Bund empfiehlt Anreizsysteme und nicht Einschränkungen.

Die vorgesehene Verpflichtung, bis zu 75 Prozent der zusätzlichen Ausnutzung für preisgünstigen Wohnraum zu verwenden (bei Arealüberbauungen bis zu 100 Prozent), wird als zu hoch beurteilt. In Kombination mit bestehenden Mehrwertabschöpfungen droht eine wirtschaftliche Überlastung, die Investitionen hemmt und den Wohnungsbau insgesamt gefährdet. Bauinvestitionen benötigen verlässliche Rahmenbedingungen und eine angemessene Rendite.

Verhältnismässigkeit statt Klimaideologie

Auch die zahlreichen neuen Vorschriften zur Klimaanpassung, etwa Grünflächenziffern, Baumpflichten und ökologische Vorgaben, werden kritisch gesehen. Diese Ziele sind grundsätzlich berechtigt, dürfen jedoch nicht zu einer faktischen Einschränkung der Bebaubarkeit führen, insbesondere auf kleineren Parzellen. Es braucht verhältnismässige und praktikable Lösungen.

Beim Ortsbildschutz ist Augenmass erforderlich. Der Schutz historischer Strukturen ist wichtig, darf jedoch die notwendige Weiterentwicklung der Stadt nicht blockieren. Zürich muss als bedeutender Wohn- und Wirtschaftsraum weiterhin wachsen und sich anpassen können. Wir wollen kein «Ballenberg 2.0» in Zürich.



Die SVP fordert bei der Überarbeitung den Fokus auf Praktikabilität, Transparenz und wirtschaftliche Umsetzbarkeit.

Bild: Pexels

AUS DEM DÜBENDORFER GEMEINDERAT

Wenn Ideologie richtige Lösungen verhindert

Im Juni 2021 kam ein Begehren vor das Dübendorfer Stimmvolk, welches verlangte, dass in 16 Quartiererschliessungsstrassen Tempo 30 eingeführt werden sollte. Als einzige Partei wehrte sich die SVP dagegen und gewann mit 60 Prozent Nein-Stimmen die Abstimmung. Vierzehn Tage vor diesem Urnengang führte der Stadtrat in Eigenregie noch schnell Tempo 30 im Stadtzentrum ein, welches seither in Dübendorf kontrovers diskutiert wird.



Orlando Wyss
Gemeinderat und
Fraktionspräsident SVP
Dübendorf

Da seit über vier Jahren diese vom Stadtrat eigenmächtig installierte Tempo-30-Zone im Stadtzentrum – welche die Stimmbürger hochkant verworfen hätten, wenn sie gefragt worden wären – ein Dauerthema in der Dübendorfer Politik ist, wurden am 1. September 2025 zwei Postulate im Gemeinderat eingereicht. Eines von mir, welches verlangte, dass die Tempo-30-Zone rückgängig gemacht werden sollte, und womit die Probleme mit den fehlenden Fussgängerstreifen und den eingeführten verwirrenden Rechtsvortritten auf einen Schlag gelöst werden könnten. Dass die Verkehrssituation für die Fussgänger und die Autofahrer seither unsicherer geworden ist, haben mittlerweile alle begriffen.

Problem erkannt, aber falscher Lösungsansatz

Die GLP reichte an der gleichen Sitzung auch ein Postulat ein, welches natürlich die Tempo-30-Zone erhalten, aber die zugegebenen Unsicherheiten beseitigen wollte. Die verschwundenen Fussgängerstreifen sollten wieder aufgemalt und der Rechtsvortritt abgeschafft werden. Meine Einwendungen, dass dies

laut geltendem Gesetz nicht möglich sei, verhallen ungehört. Die Allianz von FDP bis Linksaußen unterstützte das Postulat der GLP.

Ernüchternde Postulatsantwort des Stadtrats

Am 2. März 2026 debattierten wir über die Antwort des Stadtrates zum überwiesenen GLP-Postulat. Der Stadtrat wies darauf hin, dass er mit der Kantonspolizei immer noch im Austausch sei, wie diese Forderung der Wiedereinführung der abgeschafften Fussgängerstreifen angegangen werden könnte. Die Kantonspolizei zeigte sich insofern noch Gesprächsbereit, indem sie bei einzelnen neuralgischen Punkten einen Nachweis einforderte, dass dies notwendig sei. Dies brachte mich in der Debatte dazu, diese Nachweiserbringung zu hinterfragen. Ich fragte ironisch, ob die Fussgänger, die überall über die Strasse laufen können, von Gemeindeangestellten kanalisiert werden sollen. Oder ob Tafeln aufgestellt werden mit der Inschrift: «Bitte nur hier die Strasse überqueren, wir wollen euch zählen.» Weiter machte der Dübendorfer Stadtrat in seiner Antwort klar, dass die Rückgängigmachung des Rechtsvortritts, welcher immer wieder zu kritischen Verkehrssituationen führt, kein Thema sei. Ich wies in der Debatte darauf hin, dass seit der Einreichung dieses Postulats Ende November 2025 die Mobilitätsinitiative der SVP vom kantonalen Stimmvolk und auch noch stärker vom

Dübendorfer Souverän angenommen wurde. Darum sei klar, dass nur die Wiederherstellung von Tempo 50 im Stadtzentrum die richtige Lösung sei.

Beratungsresistente Mitte-Links-Allianz im Dübendorfer Gemeinderat

Da der Dübendorfer Stadtrat die Lösung dieses Problems nicht sieht, welches er mit der Einführung dieser Tempo-30-Zone selbst verursacht hat, kam er in seiner Weisung an den Gemeinderat zum Schluss, das Postulat aufrechtzuerhalten. Er weiss zwar, dass er gegen die In-

Fazit

Die SVP unterstützt grundsätzlich die Ziele der Revision: mehr Wohnraum, quartierverträgliche Verdichtung und Schutz des Ortsbildes. Entscheidend ist jedoch eine Umsetzung, die rechtssicher, verhältnismässig und wirtschaftlich tragbar ist.

Die Vielzahl neuer Vorschriften birgt das Risiko einer Überregulierung. Werden Bauprojekte verzögert, verteuert oder verhindert, wird das Ziel der Wohnraumschaffung unterlaufen. Besonders kritisch sind die negative Vorwirkung, hohe Quoten für preisgünstigen Wohnraum sowie zusätzliche Abschöpfungen.

Die SVP fordert daher bei der Überarbeitung den Fokus auf Praktikabilität, Transparenz und wirtschaftliche Umsetzbarkeit. Die Mitwirkung der Bevölkerung muss echte Einflussmöglichkeiten bieten und auch von der Verwaltung aufgenommen werden.

Nur eine ausgewogene BZO kann langfristig Akzeptanz finden und ihre Wirkung entfalten. Private Initiative, Eigentumsrechte und unternehmerische Freiheit bleiben zentrale Voraussetzungen für eine erfolgreiche Stadtentwicklung.

Forderungen:

- Wahrung von Eigentumsrechten und wirtschaftlicher Tragbarkeit
- Verhältnismässige und umsetzbare Vorschriften
- Echte Mitwirkung der Bevölkerung
- Realistische Planung zur Förderung von Wohnraum und Verdichtung

Die SVP wird sich weiterhin für eine BZO einsetzen, die Entwicklung ermöglicht, ohne Bauherrschaften und Eigentümer übermässig zu belasten, und auch Wohnraum für alle Schichten ermöglicht.

teressen der Dübendorfer Bevölkerung gehandelt hat, will aber die Lösung in die Zukunft verschieben. Die Dübendorfer Mitte-Links-Allianz von FDP bis Grüne hat diesem Ansinnen natürlich begeistert zugestimmt.

Nur die SVP nimmt die direkte Demokratie noch ernst

Mein abschliessender Hinweis in meinem Votum, dass Ende November 2025 der Souverän die Lösung für das vorliegende Problem vorgegeben habe und die Rückgängigmachung dieser Tempo-30-Zone die einzige Lösung sei, stiess auf taube Ohren. Es ist offensichtlich, dass die SVP nicht nur in Dübendorf, sondern schweizweit die einzige Partei ist, welche die direkte Demokratie noch hochhält und auch nach ihr handelt.



Es ist klar, dass nur die Wiederherstellung von Tempo 50 im Stadtzentrum die richtige Lösung ist.

Bild: Orlando Wyss

GEMEINDEWAHLEN IN VOLKETSUIL

Erfolgreiche Kommunalwahlen für die SVP Volketswil

Die SVP Volketswil bedankt sich herzlich bei den Mitbürgerinnen und Mitbürgern für das grosse Vertrauen, das sie unserer Partei bei den Kommunalwahlen 2026 entgegengebracht haben.

Der Wahlkampf war aussergewöhnlich engagiert und intensiv – ein Zeichen dafür, dass viele Menschen in unserer Gemeinde die zukünftige Entwicklung Volketswils aktiv mitgestalten wollen. Die Zusammenarbeit mit der FDP hat eine bürgerliche Mehrheit bewirkt.

Die Gemeinderatswahl war äusserst spannend, denn für die sechs Sitze kandidierten sechs bisherige sowie fünf neue Kandidaten. Dank eines erfolgreichen Wahlkampfs wurde der neu antretende SVP-Kandidat gewählt und zwei bisherige Gemeinderäte (Marcel Egloff, parteilos, und Ioana Mattle, GLP) abgewählt! Mit der Wahl von Dejan Malcic (SVP, neu) und Matthias Buob (FDP, neu), James Frei (parteilos, bisher) und Raf-faela Fehr (FDP, Schulpräsidentin und zugleich 7. Gemeinderätin) kam es zu einer bürgerlichen Mehrheit im Gemeinderat. Auch in den weiteren Behörden konnte die SVP Volketswil ihre Präsenz stärken. Gewählt wurden Sabina Hostettler (bisher) und Gabriel Hürlimann (neu) in die Schulpflege, Marco Marty (neu) und Miloje Cvetic (neu) in die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK) sowie Urs Diriwächter (bisher) in die Sozialbehör-

de. In diesen Behörden kam es ebenfalls zu Kampfwahlen.

Ein grosser Dank gilt auch dem Wahl-OK der SVP Volketswil sowie den zahlreichen Helferinnen und Helfern, die mit ihrem Einsatz im Wahlkampf massgeblich zum Erfolg beigetragen haben.

Ob beim Plakatieren, bei Veranstaltungen oder im direkten Austausch mit der Bevölkerung – ohne dieses Engagement wäre ein solcher Wahlerfolg nicht möglich gewesen.

SVP Volketswil



Dejan Malcic (3. v.l.) wurde für die SVP neu in den Volketswiler Gemeinderat gewählt.

Bild: zVg

GEMEINDEWAHLEN IN HORGEN

SVP Horgen erobert RGPK-Präsidium

Obschon die SVP Horgen erneut keinen Sitz im Gemeinderat erringen konnte, vermochte sie ihre Präsenz in der Schulpflege (Roger Wernli) und in der Sozialbehörde (David Wolf) zu verteidigen und mit Anto Grubesa als neuem RGPK-Präsidenten einen starken Kopf als «inoffiziellen 10. Gemeinderat» zu platzieren. Eine Kampfansage an die unkontrollierte Ausgabenpolitik des Mittellinks-Gemeinderates!

Trotz des insgesamt dunkelkalten Wahlkampfes im Januar und Februar haben sich die Kandidaten der SVP Horgen

im Dorf sehr präsent gegeben und boten echte, bürgerliche Alternativen zum herrschenden Mittellinks-Amalgam. Am

Wahlkampfhöhepunkt der SVP Horgen machte der Frühling standesgemäss eine Stippvisite: Am «SVP bi de Lüüt» auf dem Horgner Dorfplatz herrschte tolle Stimmung und mit dem Spezialgast Thomas Matter (Nationalrat SVP, Meilen) waren spannende Gespräche garantiert.

Herzlichen Dank an alle Wählerinnen und Wähler für ihr Vertrauen. Auch wenn es sich in unserer Versammlungsgemeinde weniger im Wahlresultat nie-

«Die SVP ist die einzige Partei, die echte Alternativen zum Mittellinks-Amalgam bietet.»

derschlägt: Die Strassenstimmung gegenüber uns war spürbar positiver als noch vor vier Jahren. Die Zürcher wollen mehr SVP. Und sie sollen mehr SVP kriegen!

David Wolf, Präsident SVP Horgen und Mitglied der Sozialbehörde



Die drei gewählten Behördenmitglieder der SVP: Roger Wernli, David Wolf und Anto Grubesa.

Bild: zVg

SVP STÄFA

Generalversammlung: Rückblick auf den Wahlkampf, Verstärkung des Vorstands

Letzten Freitag um 19.00 Uhr eröffnete der Parteipräsident im Restaurant Sunshine Hill die Versammlung mit einem Rückblick auf die Wahlen. Der SVP gelang leider kein Einzug in die Behörden, zudem wurde Chäbe Burkhard, verdientes Mitglied der Werkbehörde, abgewählt.

Die SVP konnte ihren Wähleranteil stabil bei über 41 Prozent halten, gleichzeitig stieg jedoch die Wahlbeteiligung deutlich an. Damit reichte es auch dieses Jahr knapp nicht, um wieder in den Gemeinderat einzuziehen. Die hohe Wahlbeteiligung könnte auf die starke Mobilisierung der Kampagne gegen die SRG-Halbierungsiniziative zurückzuführen sein. Damit bleiben wir in Stäfa die aktive, für alle seh- und spürbare Oppositionspartei: «für eusi Lüt» und für weitsichtige Investitionen, tiefe Steuern und Abgaben, Recht und Sicherheit.

Wir analysierten die Wahlergebnisse in Stäfa. Mit dem besten Resultat wiedergewählt wurde die Gemeinderätin der Mitte, die drei Gemeinderäte der FDP wurden solide wiedergewählt. Die beiden Kandidaten der GLP wurden ebenso solide wiedergewählt. Die beiden schwächsten Resultate unter den gewählten Gemeinderäten fallen den Kandidaten der SP zu. Der bestplatzierte Nichtgewählte ist ein ökoaktivistischer Parteilooser, danach folgen eng die beiden Kandidaten der SVP. Die Wahl des Schulpräsidiums (zugleich Mitglied des Gemeinderates) war nicht umkämpft, die Schulpräsidentin (FDP) wurde mit schwachen 59 Prozent wiedergewählt.

Daraus ziehen wir folgende Erkenntnisse:

1. Was sich in Stäfa bestätigte: Ohne einen bürgerlichen Schulterchluss sind Majorzwahlen für uns kaum zu gewinnen. Die Kandidaten der FDP wurden problemlos wiedergewählt. Mit einem bürgerlichen Schulterchluss (SVP, FDP, Die Mitte) hätte die SVP die SP aus dem Gemeinderat teilweise oder ganz verdrängen können. Aus prinzipiellen Gründen wollten jedoch weder Die Mitte noch die FDP mit uns eine gemeinsame Basis suchen. Über das Ergebnis dürfen sich nun die Linken freuen.
2. Auch der schlechte Leistungsausweis des Sicherheitsvorstehers (GLP) blieb

kaum an ihm haften. Unsere Petition für eine glaubwürdige Sicherheitsstrategie wurde medial aufgenommen, gewann in der Gemeinde viel Sympathie und Unterstützung, perlte aber letztlich am Sicherheitsvorsteher ab.

3. Der von der FDP zu verantwortende Investitionsrückstau im Schulbereich schlägt sich in der schlechten Wiederwahl der Schulpräsidentin (FDP) nieder.

Die FDP führt in der Schweiz seit 40 Jahren ein Rückzugsgefecht. Sie verliert Wähler an die GLP und SVP, kann in Majorzwahlen ihre Sitze bis jetzt aber noch weitgehend halten. Doch auch hier bröckelt es: Wir erinnern uns an die letzten Ständeratswahlen. In Stäfa und anderen Orten setzt die FDP auf die Strategie der verbrannten Erde: Die SVP als einziger glaubwürdiger Partner gegen die Verschwendung von Steuergeldern wird diskreditiert statt unterstützt. Filippo Leuteneggers Appell an seine Mitglieder, mit den bürgerlichen Parteien zusammenzuspannen, wurde hier leider nicht erhört. Den Preis dafür zahlen die Bürger.

An der GV wurde der Vorstand verstärkt: Auf den Rücktritt von Marco Vogt, Leiter Wahlkampf 2026, wurden Rahel Wagner und Raffael Meli gewählt. Roger Müller wurde als Vizepräsident wiedergewählt, die übrigen Vorstandsmitglieder (Christin Menge, Monique Francis, Martin Clement, Chäbe Burkhard) wurden im Jahr 2025 für zwei Jahre gewählt und bleiben im Vorstand. Ausserdem wurden Raffael Meli als Delegierter und Barbara Kluge als Revisorin gewählt.

Im Anschluss berichtete Kantonsrat Tumasch Mischol (SVP, Hombrechtikon) in seiner gewohnt bedachten und kurzweiligen Art aus dem Kantonsrat und den Wahlen in Hombrechtikon.

Lukas Bubb, Präsident SVP Stäfa



Kantonsrat Tumasch Mischol berichtete aus dem Kantonsrat.

Bild: zVg

Herzliche Einladung zur öffentlichen Informations-Veranstaltung

Unterwerfen – bezahlen – nichts mehr zu sagen haben
Der EU-Unterwerfungsvertrag betrifft auch Sie.

Es informieren:



Nationalrätin Barbara Steinemann



Nationalrat Martin Hübscher



Nationalrat Pascal Schmid

Wo: Zeughausareal Uster
Raum 1, Berchtoldstrasse 10, Uster
Wann: Donnerstag, 26.03.2026
Türöffnung 18:00 Uhr, Beginn 18:30 Uhr

Im Anschluss an die Veranstaltung laden wir Sie herzlich zu einem Apéro riche ein – eine Gelegenheit für den persönlichen Austausch mit den Referenten, Vertretern der SVP Uster sowie weiteren Gästen.



unterwerfungsvertrag.ch



SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

Jobs
Möglichkeiten, für die SVP zu arbeiten.

SVP-STÄMME

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Lokalität gemäss www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 14.30 – 17.00 Uhr, Restaurant Stella del Centro, Uschter 77, Zürichstrasse 1, Uster. Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss https://event.evagic.com/svp-uster.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamedingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium Nachhaltigkeits-Initiative und EU-Verträge, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit den Nationalräten Martin Hübscher und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Insertenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Bezirk Dielsdorf/Dänikon
Dienstag, 12. Mai 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung zur Nachhaltigkeits-Initiative, Anna Stüssi Haus, Oberdorfstrasse 3, Dänikon, mit Nationalrat Thomas Matter.

Bezirk Dielsdorf/Regensdorf
Freitag, 1. Mai 2026, 12.00 Uhr, Tag der Arbeit, Dorfstrasse, Watt, mit Nationalrat Benjamin Giezendanner.

tere Informationen und Anmeldung unter helfenberger@jsvp-zh.ch.

VERANSTALTUNGEN GEGEN DEN EU-UNTERWERFUNGVERTRAG

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Montag, 22. Juni 2026, 19.30 Uhr, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit Nationalrat Franz Grüter.

Bezirk Andelfingen/Laufen-Uhwiesen
Freitag, 3. Juli 2026, 18.30 Uhr, Schützenhaus, Steinerberg 313, Uhwiesen, mit Nationalrat Martin Hübscher.

Bezirk Uster/Uster
Donnerstag, 26. März 2026, 18.30 Uhr, Zeughausareal, Berchtoldstrasse 10, Uster, mit den Nationalräten Barbara Steinemann, Martin Hübscher und Pascal Schmid. Anschliessend Apéro.

Bezirk Winterthur/Hettlingen
Montag, 23. März 2026, 19.15 Uhr, Türöffnung 18.00 Uhr, Zelglitrotte, Seuzacherstrasse 4, Hettlingen, mit Kantonsrat Tobias Weidmann, Fraktionspräsident.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 14. April 2026, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Mehrzweckhalle Eichli, Grafenschaftstrasse 57, Niederglatt.

Samstag, 25. April 2026, 09.30 Uhr, SVP-Academy, Restaurant Sonnentall, Zürichstrasse 94/96, Dübendorf. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp.ch/svp-academy.

Samstag, 26. September 2026, bis Sonntag, 27. September 2026, SVP-Schiessen 2026, Vorschiesen am Samstag, 12. September 2026, Schiessplatz Steinacker, Marthalen. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-schiessen.ch.

Bezirk Dielsdorf/Stadel
Samstag, 9. Mai 2026, 11.00 – 16.00 Uhr, SVP-Stand am Frühlingsmarkt, Dorfkern, Stadel.

Bezirk Dietikon/Weiningen
Dienstag, 7. April 2026, 20.00 Uhr, Veranstaltung zur Nachhaltigkeits-Initiative, Schlössli, Regensdorferstrasse 9, Weiningen, mit Kantonsrat Tobias Weidmann, Fraktionspräsident.

Bezirk Hinwil/Wetzikon
Samstag, 28. März 2026, 09.00 – 13.00 Uhr, Standaktion, vor dem Oberland Markt, Wetzikon.

Samstag, 28. März 2026, 09.00 – 13.00 Uhr, Standaktion, vor der Wertstoffsammelstelle Kempten, Stationsstrasse 19, Wetzikon.

Bezirk Horgen/Wädenswil
Samstag, 21. März 2026, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Zugerstrasse 11, Wädenswil (nur bei trockener Witterung).

Samstag, 28. März 2026, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Zugerstrasse 11, Wädenswil (nur bei trockener Witterung).

Bezirk Uster/Dübendorf
Mittwoch, 25. März 2026, 19.00 Uhr, Podium zur Nachhaltigkeits-Initiative, Restaurant Hecht, Bahnhofstrasse 26, Dübendorf, mit Nationalrat Thomas Matter. Anschliessend Apéro.

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 27. März 2026, 19.00 Uhr, Höck, Bowling West, Ifangstrasse 8, Schlieren. Wei-

EINLADUNG
zur Delegiertenversammlung
Dienstag, 14. April 2026, 19.30 Uhr
Mehrzweckhalle Eichli, Grafenschaftstrasse 57, 8172 Niederglatt

Vorprogramm

Türöffnung und Verpflegung ab 18.30 Uhr, Vorprogramm ab 18.45 Uhr

- Geniessen Sie heissen Schübli oder Wienerli mit «Werni's» Kartoffelsalat, Niederglatte-Hofglacé und Kuchenbuffet
- Musikalischer Auftakt durch die Spielgemeinschaft «Spiegelglatt» bestehend aus dem Musikverein Harmonie Niederglatt und dem Musikverein Oberglatt
- Begrüssung durch Mike Glättli, Sektionspräsident Niederglatt

Traktanden

- Begrüssung und Standortbestimmung** Parteipräsident
- Wahl der Stimmzähler** Parteipräsident
- Eidg. Abstimmungsvorlagen vom 14. Juni 2026**
 - Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeits-Initiative)»
NR Thomas Matter / NR Martin Hübscher
 - Änderungen Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz)
Parolenfassung NR Mauro Tuena

P A U S E mit Verpflegungsmöglichkeit

- Kantonale Abstimmungsvorlagen vom 14. Juni 2026 - Parolenfassung**
 - Änderung vom 15. September 2025 Kantonsverfassung (Vertretung von Kantonsratsmitgliedern) KR Roman Schmid
 - Volksinitiative «Wohneigentum wieder ermöglichen (Wohneigentums-Initiative)» KR Markus Bopp
 - Volksinitiative für mehr günstige und gemeinnützige Wohnungen («Wohnungsinitiative») KR Markus Bopp
 - Volksinitiative «Bezahlbare Wohnungen schützen. Leerkündigungen stoppen (Wohnschutz-Initiative)» KR Markus Bopp
 - Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock: Für eine automatische Entlastung bei den Krankenkassenprämien» KR Paul Mayer
- Rechnung 2025 / Budget 2026** KR Patrick Walder, Kassier
- Verschiedenes**

**Weniger
Zuwanderung.
Mehr
Sicherheit.**

Für **eusi**
Lüt **wählen!**

svp-zuerich.ch

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes